Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 7

Artikel: Prag zwischen Demokratie und Sozialismus : Moskau als Schiedsrichter?

Autor: Brügger, Christian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076514

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

9. Jahrgang Nr. 7 Erscheint alle zwei Wochen Bern, 3. April 1968

Prag zwischen Demokratie und Sozialismus

Moskau als Schiedsrichter?

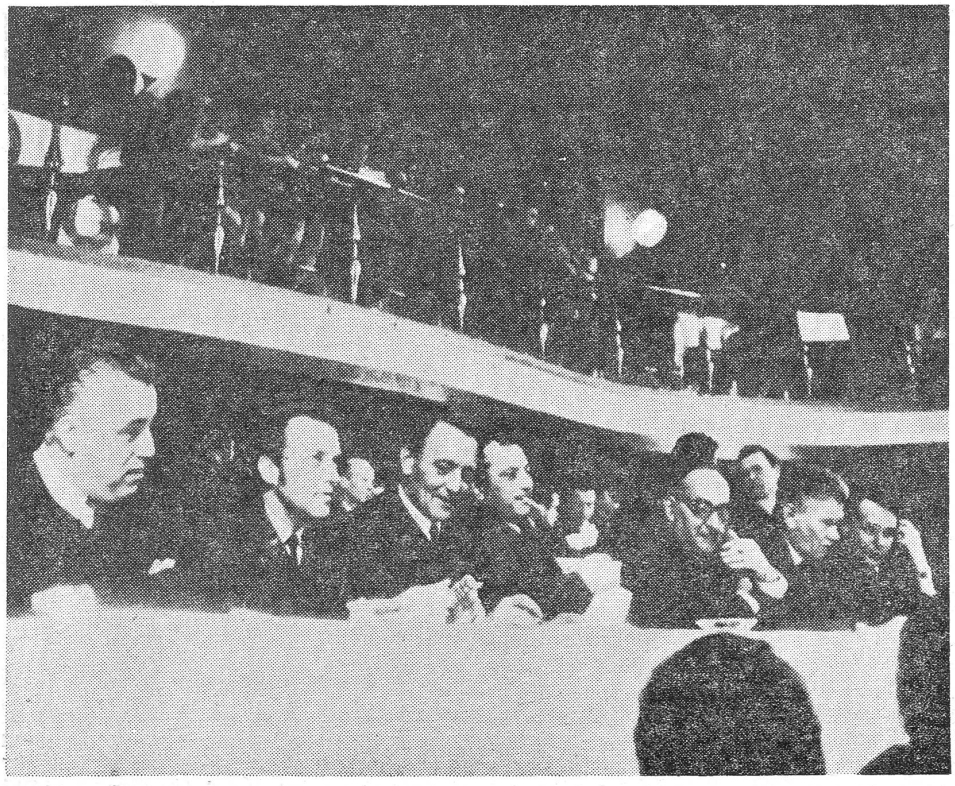
Mit der Wahl des neuen Staatspräsidenten ist in der Tschechoslowakei eine erste Etappe des Umbruchs und der Ablösung abgeschlossen worden. Nun müsste, wenn man im politischen Geschehen noch an Folgerichtigkeit glauben will, eine Etappe der Konsolidierung kommen. Auf der Linie jener «sozialistischen Demokratie», die etwa bedeutet, dass die Demokratie im «Sozialismus» ungefähr soviel Möglichkeiten haben würde, wie sie es gemäss kommunistischer Lehre eigentlich schon immer hätte haben sollen, nur dass sie es gemäss kommunistischer Praxis noch nie gehabt hat.

Was heisst sozialistische Demokratie? Eine Demokratie, die sich innerhalb der gegebenen Gesellschaftsordnung entfalten darf, sofern sie diese nicht in Frage stellt, keine Alternative formuliert und zu ihrer Weiterentwicklung beiträgt. Das bedeutet Ausschluss von Opposition, jedenfalls von grundsätzlicher, programmatischer Opposition. Dafür sollte es an sich nicht bedeuten, dass beispielsweise dem Parlament untersagt wäre, einer gegebenen Regierungspolitik zu opponieren, oder dass es unstatthaft wäre, wenn der Staatsbürger via bestehende Organisationen (zum Beispiel Gewerkschaften usw.) oder via Ad-hoc-Gruppierungen (zum Beispiel im Gefolge einer Pressekampagne) die Absetzung eines Politikers verlangen und gegebenenfalls erreichen würde. Für die Wahlen wäre festzuhalten, dass keine Listen mit einer Variation an Zielsetzungen zugelassen würden, aber immerhin müsste jeder Kandidat der Einheitsfront von den Wahlberechtigten in echter Weise gutgeheissen werden. Man beachte dabei, dass das theoretisch in jedem kommunistischen Staat ohnehin schon stattfindet. Man sorgt lediglich dafür, dass ein Bürger Hemmungen hat, in einer Versammlung der sogenannten Wahlkampagne aufzustehen und zu erklären, der Parteikandidat sei untauglich und verdiene das Vertrauen nicht.

Diese Hemmungen will man in der CSSR beseitigen, sagt man, und zweifellos trifft es zu, dass in den Aeusserungen der Bürger schon sehr viel Hemmungen verschwunden sind. Gewiss trifft es zu, dass das Bedürfnis, auf Novotny zu schimpfen, heute auch ohne Heldenmut befriedigt werden kann, und gewiss trifft es zu, dass man schon gar keine Lust verspürt, Dubcek anzugreifen, weil man ihm ehrlich dankbar ist und weil man spürt, dass man jetzt zusammenhalten muss. Aber immerhin ist offen und gelassen für einen andern Präsidentschaftskandidaten demonstriert worden als für jenen, den Dubcek vorgeschlagen hatte. Und das ist etwas. Dass die geheime Wahl im Parlament dann trotzdem ein fast einstimmiges Resultat brachte, spricht, soweit sich sehen lässt, nicht für die Dozilität dieser Leute, sondern für ihre politische Klugheit.

Aber wir sind bei der sozialistischen Demokratie. Die Schwierigkeit liegt in der Bestimmung ihres obligatorischen sozialistischen Inhalts. Was sind die Kriterien, die von Fall zu Fall und in der Summierung sämtlicher Fälle erkennen lassen, wo die Forderungen der Demokratie mit den Forderungen des Sozialismus konform gehen und wo nicht? Bisher konnte diese Schwierigkeit dadurch umgangen werden, dass man die Demokra-

(Fortsetzung auf Seite 3)



Der neue Stil in Prag heisst unter anderem offene Diskussion. Parteivertreter sitzen Studenten gegenüber und konfrontieren gemeinsam die Probleme des Tages.

In dieser Nummer

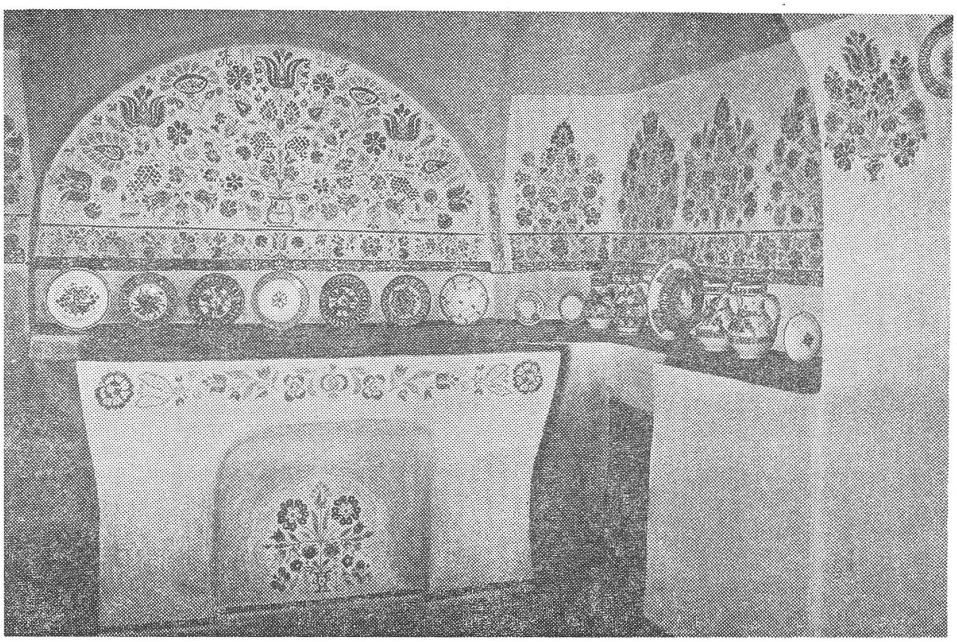
Nationalitätenfrage in der CSSR 2/3
Begreifliche, aber gefährliche Ansprüche der Minderheiten belasten den neuen Kurs.

Aus der Geschichte der rumänischen KP 4—6
Fortsetzung der aus Rumänien stammenden Untersuchung über den nationalen Weg der dortigen Kommunisten.

Enthüllungen zur Konferenz 7/8
Eine Bukarester Darstellung über das Konsultativtreffen von Budapest.

Kybernetik und Medizin 9/10
Fortsetzung der Untersuchung von Michael Csizmas.

Die vielen Stimmen aus der CSSR 11/12
Offene Diskussion herrscht in Presse, Radio und Fernsehen.



Nicht immer klingen die slowakischen und ungarischen Elemente so harmonisch zusammen wie in dieser Bauernküche.

täten ist ein Teil der tschechoslowakischen kulturellen Gebilde, zugleich aber ein Teil ihrer universellen nationalen Kultur, mit welcher sie (die Nationalitäten) durch unzerreissbare Fäden verbunden sind.

Auch an der tschechoslowakischen Schulpolitik wird sehr strenge Kritik geübt und verlangt, dass in Zukunft den Angehörigen der Nationalitäten proportioneller Zugang zu den Mittelschulen und Hochschulen garantiert werden müsse. Auch die Neuordnung in den Nationalitätenschulen wird verlangt, da diese ihre Zweckbestimmung hie und da verloren hätten. Den Nationalitäten müsse das Recht zur selbständigen Lösung des Unterrichtsproblems gewährleistet werden.

Historische Parallelen

Die ungarische Minderheit in der Tschechoslowakei zählt zirka 600 000 Personen und ist weitaus die grösste der Republik. Sie ergriff also das Wort im eigenen Namen und gewissermassen im Namen der Deutschen, Polen und Ukrainer. Sie tat eigentlich genau das gleiche, was vor 100 Jahren die Slowaken, im Rahmen des damaligen Ungarns getan hatten. Die Slowaken verlangten 1848, besonders aber 1861 und 1868 und seitdem ständig bis 1918, d. h. bis zum Zerfall der Monarchie, eine territoriale Autonomie für Oberungarn, unter slowakischer Führung und mit einer slowakischen Universität. Diese Begehren wurden immer wieder abgelehnt.

Nach 1918 dachte jedoch niemand daran, die Rechte, für welche die Tschechen und Slowaken kämpften, auch den Angehörigen der Nationalitäten zuzusichern. Zum ersten Male stellte also die ungarische Minderheit genau die gleichen Anforderungen wie die slowakische seinerzeit. Ob dies in einem richtigen Zeitpunkt geschieht, ist natürlich eine andere Frage. Die Gefahr für die CSSR besteht ja darin, dass die ungarische Minderheit an der südlichen Staatsgrenze lebt. Deshalb könnte ein autonomes ungarisches Gebiet mit der Zeit leicht den Anschluss an Ungarn verlangen.

Benes wollte nach 1945 dieser Gefahr so entgegentreten, dass er die ungarische Minderheit zum Teil nach Ungarn übersiedelte, zum Teil nach dem Sudetengebiet und in den übrigen Teilen der Tschechoslowakei verstreuen liess. Kommunistische Parteisekretäre wurden von der Tschechoslowakei nach Ungarn abgeschoben, um den ungarischen Charakter der Randgebiete wegzufegen. 1945 hat die Partei ein Aufnahmeverbot für die Ungarn erlassen. 1948 wurden diese Massnahmen aufgehoben. Der ungarischen Minderheit wurde erlaubt, wieder in ihre früheren Wohngebiete zurückzukehren. Ihre Häuser, ihr Hab und Gut wurde ihr im grossen und ganzen zurückgegeben, und auch das Aufnahmeverbot in die Partei wurde aufgehoben.

Seither hat man von tschechoslowakischer Seite alle erfolgten Zwangsmassnahmen stark verurteilt und die Rehabilitierung versprochen. Die Hinauszögerung der Lösung der Nationalitätenfrage musste jedoch im Falle einer allgemeinen Liberalisierung zu einer solchen Initiative führen. Es ist abzuwarten, was die Auswirkung dieses Dokumentes auf die übrigen Nationalitäten der CSSR (Deutsche, Polen und Ukrainer) — sein wird, und ob die ungarische Minderheit in Siebenbürgen (Rumänien) und in Jugoslawien (Batschka, Kroatien) im Falle einer Liberalisierung nicht diesem Weg folgen wird.

Theoretisch und juristisch, nicht aber praktisch, wurde die Sowjetunion nach dem nationalen Merkmal aufgebaut: Die grösseren Nationen haben eine souveräne Unionsrepublik, die kleineren sollten eine autonome Republik, ein autonomes Gebiet oder einen autonomen nationalen Kreis haben. Die ungarische Minderheit kann sich also einerseits auf die slowakischen (und tschechischen) Forderungen in der Vergangenheit, sowie auf das sowjetische Beispiel berufen.

Auch die Ukrainer kommen

Es ist noch bemerkenswert, dass auch das Zentralkomitee des Kulturverbandes Ukrainischer Werktätiger genau am gleichen Tag einem Aufruf an die Ukrainer erliess, in welchem ebenfalls eine Neuregelung der Nationalitätenfrage verlangt wird.

Die gleiche Nummer des offiziellen Blattes der ungarischen Minderheit in der CSSR, zugleich offizielles Blatt des ZK der KP der Slowakei «Uj szo», veröffentlichte die slowakische Forderung nach mehr Selbständigkeit und zwei Nationalitätendokumente, um der Forderung auch dadurch mehr Gewicht zu verleihen. Die Aufwerfung der Nationalitätenfrage im heutigen Zeitpunkt scheint jedoch ein ziemlich ungünstiger Schritt zu sein, und es ist zu befürchten, dass dadurch die Liberalisierung gehindert und dem sowjetischen Einfluss erneut mehr Raum gewährt wird. ■

Prag

(Fortsetzung von Seite 1)

tie zwar in der Verfassung und in der aufbauenden Lektüre berücksichtigte, aber sonst auf sie verzichtete. Das Zentralkomitee (bestenfalls) oder dessen Politbüro oder dessen Sekretär bestimmten nicht nur jede einzelne Entscheidung als im Interesse des Sozialismus liegend, sondern praktischerweise auch jede andere Möglichkeit als den Interessen des Sozialismus zuwiderlaufend. Die Demokratie fand dann nachträglich dadurch statt, dass man dem Volke erklärte, warum es die jeweilige Entscheidung gutzuheissen habe. So ging es und geht es (anderswo) noch heute.

Aber die neue tschechoslowakische Führung ist offenbar gewillt, mit der «sozialistischen Demokratie ernst zu machen. Womit sie zu allen Pendenzen (Wirtschaft, Nationalitäten, Widerstand der alten Funktionäre und Drängen der jungen Generation) noch eine echte Problematik auf sich nimmt. Ist das nicht allein schon zu viel? Wo doch der äussere Druck nicht einmal dazugezählt ist.

Aber ist er überhaupt dazuzuzählen? Solange er sich in Anrempeleien aus Ost-Berlin und nervöser Unsicherheit in Moskau manifestiert, könnte er vielleicht sogar dazu beitragen, die CSSR einigzuhalten. Wird er aber stärker, konzentrischer und zielbewusster, könnte die Parteiführung in eine unangenehme Zweifrontenstellung geraten. Bei einer regelrechten aussenpolitischen Konfrontation würde wohl eine andauernde Demokratisierung mit allen zugehörigen Unberechenbarkeiten als politischer Luxus erscheinen, den man sich nur schwer zu leisten vermöchte. Prag sucht gegenwärtig, extern Provokationen zu vermeiden, um intern seine Handlungsfreiheit zu haben. Aber anlagemässig ist die interne Entwicklung eben an sich schon provokativ und bringt dazu auch konkrete Herausforderungen (siehe die Resultate der freien Meinungsäusserung S. 11/12) mit sich.

Wenn die Sowjetunion diese Dinge als gefährlich betrachtet (beispielsweise wegen Auswirkungen auf andere Länder), wird es auch für die Tschechoslowakei gefährlich.

Es macht den Anschein, dass die tschechoslowakischen Verantwortlichen sehr gut verstehen, wie wichtig die Frage der Dosierung ist. Man kann nur hoffen, dass Moskau die bittere Pille schluckt, wenn sie verkleinert und portionenweise mit süssem rotem Sirup angeboten wird.

Christian Brügger